

Leitantrag:

L. 1.

Antragsteller/innen: Parteivorstand

Antrag an die 3. Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE
6./7. Juni 2015 in Bielefeld

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für eine starke LINKE -**
2 **Für Solidarität und Frieden -**
3 **Wahlerfolge 2016 organisieren**

4 **Europa: Hoffnung und Krise**

5 In Europa gibt es einen Hoffnungsschimmer. Hoffnung auf ein Ende der Kürzungspolitik, Hoffnung auf
6 einen politischen Kurswechsel, Hoffnung auf einen sozialen und demokratischen Aufbruch. Am 25.
7 Januar haben sich die Griechinnen und Griechen das *Recht zu wählen* genommen – gegen die
8 angebliche Alternativlosigkeit der „Rettungspolitik“. Die von der Bundesregierung verfolgte unsoziale
9 Kürzungspolitik wurde abgewählt. Europa geht anders, die politischen Kräfteverhältnisse sind
10 veränderbar, eine Alternative ist möglich: Das sind die Signale, die von Griechenland ausgehen und
11 womöglich im Herbst in Spanien verstärkt werden. Der Wahlsieg von Syriza in Griechenland könnte
12 einen Wendepunkt in der europäischen Politik darstellen. Aber noch ist nichts entschieden: Denn die
13 sozial und ökonomisch verheerende Bankenrettungs- und Austeritätspolitik ist bestenfalls
14 herausgefordert, noch nicht zurückgedrängt. Merkel und die deutsche Bundesregierung erpressen die
15 neue griechische Regierung und spielen mit der Zukunft Europas. Dabei wird deutlich, es geht ihnen
16 nicht zuerst um die Schuldenfrage, sondern um das neoliberale Prinzip ihrer Politik. Sie handeln
17 anhaltend entgegen den Interessen der europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Bereits
18 2010 war Griechenland hoffnungslos überschuldet. Es war daher eine grobe Veruntreuung von
19 Steuergeldern durch Bundeskanzlerin Merkel und ihre damalige Regierung, mit öffentlichen Mitteln die
20 Schulden des Landes bei den Banken, Hedgefonds und anderen privaten Gläubigern zu bezahlen.
21 Heute wird Griechenland nur einen Teil seiner Schulden zurückzahlen können, wenn das Troika-Diktat
22 endgültig beendet und die wirtschaftliche und soziale Lage wieder verbessert wird. Doch ob
23 Griechenland in die Lage versetzt wird, jemals damit beginnen zu können, seine Schulden
24 zurückzuzahlen, ist für die Bundesregierung offensichtlich nicht entscheidend. Merkel und der
25 neoliberalen politischen Mehrheit in der Europäischen Union geht es um die Verteidigung des
26 Kürzungskurses, dessen Glaubwürdigkeit europaweit zunehmend in Frage steht. Eine erfolgreiche
27 linksgeführte griechische Regierung soll verhindert werden – um jeden Preis.

28 Alle politischen Entscheidungen in der Europäischen Union sollen am Kriterium der
29 „Wettbewerbsfähigkeit“ und damit den Profitinteressen der Konzerne, Finanzfonds und Banken
30 ausgerichtet werden. Die Demokratie wird zur „marktkonformen Demokratie“ entstellt und das
31 Demokratiedefizit in der EU verstärkt. Im Kern will diese Politik die tiefgreifende Krise des neoliberalen
32 Kapitalismus durch Kürzungen von Löhnen, Renten und Sozialleistungen, Reformen zur Deregulierung
33 und Prekarisierung der Arbeit sowie Privatisierungen bearbeiten. Diese Strategie muss scheitern: Es
34 ist nicht möglich, einen ganzen Wirtschaftsraum aus einer Krise „heraus zu sparen“, ebenso wenig
35 können alle Länder mit einer Exportstrategie in der Konkurrenz erfolgreich sein.

36 Dieser Strategie der Kanzlerin und anderer konservativer Regierungen, aber auch weiter Teile der
37 Sozialdemokratie in Europa stellen wir Alternativen entgegen. Trotz der sprichwörtlichen Pistole auf
38 der Brust hat die Syriza-Regierung in kürzester Zeit mehr soziale Erfolge erreicht als die korrupten
39 Schwesterparteien von CDU und SPD in all den Jahren zuvor, denen die Beschäftigten, die

40 arbeitslosen Jugendlichen und die Rentnerinnen und Rentner egal waren. Zum ersten Mal seit Beginn
 41 der Krise könnte überhaupt ein Abweichen vom radikalen Austeritätskurs erreicht werden: Spielräume
 42 könnten entstehen, weil aberwitzige Haushaltsüberschüsse verhindert wurden. Syriza will beginnen,
 43 die humanitäre Notlage zu bekämpfen, Reiche endlich angemessen zu besteuern, Korruption und
 44 Steuerhinterziehung zurückzudrängen und Staat und Verwaltung zu reformieren. Syriza hat die Tür für
 45 einen Kurswechsel einen Spalt geöffnet: Allein das ist ein Erfolg. Wir werden Syriza nach unseren
 46 Möglichkeiten auf diesem Weg unterstützen. Wir stellen der Strategie von SPD, CDU/CSU und
 47 anderer konservativer Regierungen, aber auch weiter Teile der Sozialdemokratie in Europa
 48 Alternativen entgegen.

49 Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass eine sozialere Politik eine Chance hat – in Griechenland
 50 und anderswo. Als LINKE machen wir dafür Druck mit klaren Alternativen für einen grundlegenden
 51 Richtungswechsel in Europa:

- 52 • Griechenland und die südlichen Länder benötigen wieder finanziellen Spielraum. Die Schuldenlast
 53 nicht tragfähig und ihre Reduzierung daher unausweichlich. Wir unterstützen die Forderung Syrizas
 54 nach einer Schuldenkonferenz für Südeuropa auf Augenhöhe und fordern darüber hinaus eine
 55 Vermögensabgabe für Millionäre und Milliardäre, die genutzt wird, um den öffentlichen
 56 Schuldenstand wieder auf ein tragfähiges Maß abzusenken.
- 57 • Der von den EU-Verträgen nicht gedeckte Machtmissbrauch der Europäischen Zentralbank (EZB)
 58 zur Durchsetzung neoliberaler Politik auch beim Aufkauf von Anleihen muss unverzüglich beendet
 59 werden. Die EZB-Politik muss demokratischen Entscheidungsprozessen, auch des Europäischen
 60 Parlaments unterworfen werden.
- 61 • Statt die Finanzmärkte mit Geld zu fluten und so neue Spekulationsblasen zu nähren, fordern wir
 62 Investitionen zur Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit und Armut in Europa durch ein
 63 eurozonenweites Zukunftsinvestitionsprogramm. Finanziert durch die EZB bzw. vermittelt durch
 64 eine europäische öffentliche Bank und europaweite Millionärssteuer kann neue Beschäftigung
 65 geschaffen werden, können die öffentliche Infrastruktur, gute Bildung, Gesundheitsversorgung
 66 gestärkt und ein dringend notwendiger sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft, der
 67 Energieversorgung und Mobilität gefördert werden. Die gegenwärtige Nullzinspolitik dagegen
 68 enteignet den Mittelstand, heizt den Immobilienmarkt an, treibt die Mieten in die Höhe und macht
 69 durch steigende Börsenkurse die Reichen noch reicher.
- 70 • Die Banken müssen stärker reguliert werden, risikoreiche Spekulationen sind auszuschließen. Das
 71 Investmentbanking – das nur in Betriebe investiert, um hohe Renditen zu erzielen – ist als
 72 Geschäftsfeld abzuwickeln.
- 73 • Schattenbanken wie außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Private-Equity-
 74 Gesellschaften müssen aufgelöst werden. Dies geschieht direkt, sofern sie ihren Geschäftssitz in
 75 Deutschland haben. Wenn sie ihren Geschäftssitz im Ausland haben, brauchen wir indirekte
 76 Formen der Regulierung, die sich gegen Schattenfinanzplätze und die Verknüpfungen mit dem
 77 deutschen Bankensektor richten. Private Großbanken wollen wir in öffentliches Eigentum unter
 78 demokratischer Kontrolle und Verwaltung überführen, Landesbanken wollen wir verkleinern und
 79 ebenfalls demokratisch kontrollieren und verwalten.
- 80 • Mit einer Finanztransaktionsteuer wollen wir die Spekulationen auf den Finanzmärkten eindämmen
 81 und die Verursacherinnen und Verursacher der Krise an deren Kosten beteiligen.

82 Ob es zu einem wirklichen Politikwechsel in Griechenland und darüber hinaus kommt, hängt von allen
 83 linken Kräften in Europa ab – auch von grünen und sozialdemokratischen in Deutschland. Die
 84 Gewerkschaften haben sich klar positioniert: Sie fordern einen Kurswechsel mit einem
 85 Investitionsprogramm für ganz Europa. DIE LINKE steht solidarisch an der Seite der griechischen

86 Bevölkerung und Syriza: Das heißt für uns, hierzulande den Druck auf die Bundesregierung und die
 87 Sozialdemokratie zu erhöhen und größere Teile der Bevölkerung für unsere Alternativen zur
 88 Eurokrisenpolitik zu gewinnen: Für die Überwindung der Exportdominanz der deutschen Wirtschaft
 89 und des Lohndumpings in Europa durch höhere Löhne und Renten, für Umverteilung des Reichtums,
 90 Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge für gute Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege und
 91 Mobilität und für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft in Deutschland. Wir fordern die
 92 Sozialdemokratie auf, sich endlich von ihrer neoliberalen Krisenpolitik zu lösen und ihren
 93 Bekenntnissen zu einem sozialen Europa Taten folgen zu lassen - immer mehr Menschen fragen sich,
 94 wofür die Sozialdemokratie noch gebraucht wird, wenn sie keine sozialen Alternativen zur neoliberalen
 95 Politik formuliert.

96 So sehr der Aufbruch, den viele Menschen mit der neuen griechischen Regierung verbinden, Hoffnung
 97 keimen lässt, so sehr treibt nicht weniger Menschen eine Sorge um: Im Osten Europas, in der Ukraine
 98 sind Tausende Opfer einer kriegerischen Auseinandersetzung geworden: Sie sind auf der Flucht,
 99 haben ihr Hab und Gut verloren, viele sogar ihr Leben. Das Minsker Abkommen II konnte die Lage
 100 etwas beruhigen, dennoch ist die Gefahr einer weiteren Eskalation noch nicht nachhaltig gebannt. Die
 101 Ukraine ist heute eine zutiefst gesplante Gesellschaft, das ganze Land wurde Opfer Interessen
 102 Dritter. Die EU zerrte mit ihrem Assoziierungsabkommen an der Ukraine, Russland mit seiner
 103 Zollunion. DIE LINKE bleibt dabei: Einseitige Schuldzuweisungen zeigen keinen Ausweg, bestenfalls
 104 sollen sie eigene Fehler der Vergangenheit verdecken. EU, NATO und Russland haben es versäumt,
 105 eine dauerhafte, tragfähige europäische Sicherheitsarchitektur auf den Weg zu bringen - aber sie wird
 106 nur kommen, wenn beide Seiten sie wirklich wollen. Stattdessen dehnte sich die NATO stetig gen
 107 Osten aus. Die NATO mit ihrer Politik der Osterweiterung und die USA, die auf eine geopolitische
 108 Schwächung Russlands und die globale Expansion von US-Militärbasen setzen, haben wesentlich zum
 109 Krieg beigetragen. Und Russland tat das, was es in der Vergangenheit zu Recht in anderen Fällen
 110 energisch kritisierte: Es missachtete völkerrechtliche Prinzipien und verletzte die territoriale Integrität
 111 der Ukraine.

112 Militärisches Agieren kann kein Ausweg sein, es hat erst in die Krise geführt. Es gibt für uns keine
 113 Alternative zu Verhandlungen. Die aktuelle und die früheren Bundesregierungen tragen ihren Anteil an
 114 den Entwicklungen. Die Initiative der Bundeskanzlerin zu Minsk II kam spät, beinah zu spät, aber sie
 115 war richtig. Ein grundlegender Kurswechsel der Abkehr von geopolitischer Interessenpolitik hin zu
 116 einer europäischen Entspannungspolitik steht aus. Der Krieg in der Ukraine ist Teil einer
 117 tiefgreifenden Krise der alten Weltordnung. Die geopolitische Konkurrenz zwischen den
 118 Wirtschaftsblöcken um Wirtschaftsräume, knappe Ressourcen und ihre militärische Absicherung
 119 verschärft sich. Eine wirkliche Friedenspolitik muss daher zugleich auf die Schaffung einer gerechten
 120 Weltwirtschaftsordnung zielen.

121 Europa endet für uns nicht an den östlichen Grenzen der EU. Das „gemeinsame Haus Europa“, das
 122 1990 von der damaligen sowjetischen Führung als Herausforderung und Alternative zu
 123 jahrzehntelanger Blockkonfrontation auf die Tagesordnung gesetzt wurde, ist 25 Jahre später immer
 124 noch weit entfernt. Auch und gerade in einem Jahr, in dem wir an den 70. Jahrestag der Befreiung von
 125 Faschismus und Krieg erinnern, in dem wir allen Siegermächten erneut zu danken haben, die
 126 Deutschland und ganz Europa unter unsagbaren Opfern mit ihrem Sieg eine Chance auf einen
 127 Neubeginn gegeben haben, sagen wir: Nie wieder Krieg!

128 Die Zukunft Europas ist nur denkbar, wenn Brücken gebaut, statt Frontlinien gezogen werden, wenn
 129 ab- statt aufgerüstet wird, wenn soziale Sicherheit und Demokratie Leitbild europäischer Politik sind,
 130 wenn allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde möglich ist. Das ist und bleibt unser
 131 Maßstab auch gegenüber der Außenpolitik der deutschen Bundesregierung.

132 **Bilanz negativ: Große Koalition regiert an den gesellschaftlichen Problemen vorbei**

133 Innenpolitisch ist von der Großen Koalition zwei Jahre vor der nächsten Bundestagswahl nichts mehr
 134 oder nur negatives wie die Vorratsdatenspeicherung zu erwarten. Die wesentlichen Punkte des
 135 Koalitionsvertrages sind abgearbeitet, aber große gesellschaftliche Probleme bleiben liegen. Auch auf
 136 Druck der LINKEN gab es manche Korrektur am Kurs der vergangenen Jahre, aber die grundlegenden
 137 Spaltungen der Gesellschaft werden nicht bearbeitet. Es drohen zwei verschenkte Jahre mit einem
 138 koalitionspolitischen Stillstand, während die Kluft zwischen Arm und Reich sich weiter vertieft und
 139 Zukunftsaufgaben des Landes unerledigt bleiben. Zudem tun sich dramatische Widersprüche in der
 140 Regierungspolitik und mittlerweile auch zwischen den Koalitionspartnern auf. Als stärkste
 141 Oppositionspartei setzt DIE LINKE an diesen Widersprüchen an, legt sie offen und wirbt für politische
 142 Alternativen zur Merkel-Regierung. Die Kräfteverhältnisse in Gesellschaft und Parlament sind
 143 veränderbar – auch in Deutschland.

144 In der Rentenpolitik und auf dem Arbeitsmarkt wird wenig besser, aber nichts wirklich gut. Für
 145 einige wenige ist die Einführung der Rente mit 63 ein Fortschritt, an den Kernproblemen für den
 146 Großteil der Bevölkerung mit sinkendem Rentenniveau und zunehmender Altersarmut ändert sich
 147 jedoch nichts. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist zwar ein Fortschritt und ein großer
 148 Erfolg des jahrelangen politischen Drucks der LINKEN. Nichtsdestotrotz: 8,50 Euro sind zu niedrig und
 149 es gibt viel zu viele Ausnahmen, z.B. für Jugendliche unter 18 Jahren und Langzeiterwerbslose. Hinzu
 150 kommen Versuche von CDU/CSU und der Arbeitgeberseite, den gerade eingeführten Mindestlohn
 151 weiter aufzuweichen und zu umgehen. Auch hier gilt, die Kernprobleme bleiben ungelöst: Deutschland
 152 hat weiterhin den größten Niedriglohnsektor Westeuropas und gegen die Ausbreitung unsicherer,
 153 befristeter und schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse unternimmt die Große Koalition nichts.
 154 Stattdessen hebt sie über das „Tarifeinheitsgesetz“ das Streikrecht der Gewerkschaften aus. Statt
 155 die Tarifautonomie zu stärken und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern und
 156 Tariffucht über Leiharbeit und Werkverträge zu unterbinden, werden Gewerkschaftsrechte
 157 verfassungswidrig eingeschränkt.

158 Der Mythos vom „Jobwunder“ in Deutschland verdeckt, dass Millionen Menschen in Deutschland
 159 durch Dauererwerbslosigkeit, wachsende Armut und die Zunahme prekärer Beschäftigung keine
 160 Zukunftsperspektive auf gute Arbeits- und Lebensbedingungen haben. Die Erwerbslosigkeit ist weiter
 161 hoch - höher als die offiziellen Statistiken zeigen. Wachsende Armut (besonders von Kindern und im
 162 Alter) und unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse sind für die Große Koalition keine drängenden
 163 Probleme. Ihre Politik ist eine der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft.

164 Die Strategie der Exportdominanz der deutschen Wirtschaft beruht auf hoher Produktivität verbunden
 165 mit Lohndumping, dem größten Niedriglohnsektor Europas und der Ausweitung prekärer Arbeit. Die
 166 europäischen Nachbarn nieder zu konkurrieren und zum Bettler machen, führt mittelfristig zu
 167 weiterem Druck auf die Löhne und soziale Rechte auch in Deutschland. Diese Politik bringt die
 168 Europäische Union an den Rand des Scheiterns, führt zum Vertrauensverlust der Menschen in die
 169 Demokratie und ist nicht im Interesse der Mehrheit der Beschäftigten – hier und in ganz Europa.

170 Seit Jahren werden die Interessen von Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und Kernbelegschaften
 171 gegeneinander ausgespielt. Prekäre Lebensverhältnisse breiten sich aus: durch steigende Mieten und
 172 Energiekosten, durch unzureichende Gesundheitsversorgung und Absicherung von Pflegebedürftigen.
 173 Durch das weiter sinkende Rentenniveau werden größere Teile der Bevölkerung, auch Menschen mit
 174 mittlerem Einkommen von Altersarmut bedroht.

175 Fast vier Millionen Menschen sind zudem weiter erwerbslos. Ein wachsender Anteil ist dem Hartz IV-
 176 Regime unterworfen. Sie sehen sich Sanktionen ausgesetzt, werden in Ein-Euro-Jobs gedrängt oder
 177 bleiben auf Dauer von Erwerbsarbeit ausgeschlossen und dienen als Drohpotenzial für die
 178 Beschäftigten. Hartz IV muss weg! Stattdessen brauchen wir eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie

179 Mindestsicherung, die Betroffene gegen Armut absichert und gesellschaftliche Teilhabe garantiert –
180 unter 1050 Euro im Monat droht Armut.

181 Weder den ökologischen Herausforderungen setzt die Große Koalition Lösungsstrategien entgegen,
182 noch den demokratischen Herausforderungen. Statt Einwohnerinnen mit mehr
183 Entscheidungskompetenzen auszustatten und so wieder Lust auf Demokratie zu wecken, wird der
184 Überwachungsstaat ausgebaut. Den Herausforderungen der Digitalisierung der Gesellschaft begegnet
185 die Große Koalition mit einer wirthülsenreichen Digitalen Agenda, statt die Herausforderungen
186 anzunehmen.

187 **Große Koalition verspielt die Zukunft des Landes**

188 Für die CDU/CSU ist eine Politik der „schwarzen Null“ das Kernprojekt in der Koalition. Dieses
189 Kernprojekt wird von der SPD mit getragen, die damit ihre klassische Klientel einmal mehr im Stich
190 lässt und sich immer weiter von sozialdemokratischen Werten entfernt. Finanzminister Schäuble ist
191 stolz, im vergangenen und im laufenden Jahr zum ersten Mal seit Jahrzehnten keine neuen Schulden
192 aufnehmen zu müssen. Gleichzeitig wird dabei die Zukunft des Landes verspielt, denn die Politik der
193 „schwarzen Null“ ist mit einem Griff in die Zukunftsfähigkeit der Sozialversicherungen erkaufte. Die
194 Bundesregierung kürzt die Zuschüsse für die Krankenkassen und finanziert die Änderungen bei der
195 Rente über Rentenbeiträge statt über Steuermittel.

196 Die „schwarze Null“ bedeutet: kaum Geld für Investitionen in Bildung, Kitas, Gesundheit, Pflege,
197 Verkehr, digitale Infrastruktur und in die Energiewende. Die „schwarze Null“ wird zum Selbstzweck, ja
198 zum Fetisch der Politik der Großen Koalition, gleichzeitig verfällt die öffentliche Infrastruktur und ein
199 Großteil der Kommunen steckt tief im Defizit - zulasten eines großen Teils der Bevölkerung, dessen
200 Lebensqualität sinkt. Wenn die Schuldenbremse greift, wird der Druck in den Ländern und
201 Kommunen auf die öffentliche Hand und deren Beschäftigten noch weiter zunehmen: Privatisierungen,
202 Gebührenerhöhungen und Personalabbau drohen. Die Bundesregierung behauptet, dass im Namen
203 zukünftiger Generationen keine Schulden mehr aufgenommen werden. Wenn jedoch die Folge dieser
204 Politik es ist, eine marode öffentliche Infrastruktur und eine beschädigte Umwelt zu hinterlassen,
205 dann geschieht genau dies vor allem auf Kosten zukünftiger Generationen. Die schwarze Null und die
206 Schuldenbremse werden zur Investitionsbremse.

207 Die Bundesregierung spricht viel von Wirtschaftswachstum, aber ihre Antworten auf die
208 Investitionsblockade führen weder zu gesellschaftlich sinnvollem Wachstum, noch sind sie
209 geeignet, die Massenerwerbslosigkeit, Armut und Prekarisierung zu bekämpfen. Nach dem
210 Beispiel des Juncker-Plans will auch Wirtschaftsminister Gabriel die Privatisierung der
211 Infrastruktur vorantreiben. Die Logik dieser Politik ist absurd: Die Erfahrungen mit
212 Privatisierungen zeigen, dass Beschäftigung nicht geschaffen, sondern vernichtet wird, die
213 Qualität der Infrastruktur und Daseinsvorsorge sinkt, die Kosten für die Bürgerinnen und
214 Bürger steigen. Gabriel macht sich so zum Genossen der Finanzbranche, die nach der Krise
215 dringend Anlagemöglichkeiten sucht – für die Versprechen von „Renditen oberhalb der
216 Verzinsung deutscher Staatsanleihen“ (so Gabriels Expertenkommission) werden die
217 Beschäftigten ausgequetscht und die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse gebeten.

218 CDU/CSU und SPD verzichten auf eine deutlich stärkere Besteuerung hoher Vermögen und
219 Einkommen, Reiche und Vermögende werden weiterhin geschont. Die SPD hat dafür ihre
220 Wahlversprechen erneut ignoriert. In keinem anderen Land der Euro-Zone ist der private Reichtum
221 inzwischen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Das stellt unsere Gesellschaft vor eine
222 Zerreißprobe. Statt hohe Vermögen, Spitzeneinkommen, große Erbschaften und Finanzgeschäfte
223 stärker zu besteuern, werden Ausgaben gekürzt, Investitionen verschoben oder ganz gestrichen, um
224 die Finanzen auszugleichen. Ohne gerechte Steuern ist jede „schwarze Null“ erkaufte - auf Kosten der
225 sozialen Gerechtigkeit und der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft.

226 **Zehn Jahre Bundestag: Links wirkt!**

227 Mit diesem Jahr ist die ursprünglich aus Linkspartei.PDS und WASG entstandene Linksfraktion zehn
 228 Jahre im Deutschen Bundestag vertreten. Unsere politische Bilanz kann sich sehen lassen. Seit 2005
 229 zeigen wir, dass die Politik der Merkel-Regierungen nicht alternativlos ist. Ob die Fortsetzung der
 230 Agenda-Politik mit der Einführung der Rente erst ab 67 Jahren, der Afghanistan-Einsatz der
 231 Bundeswehr, die Bankenrettungen auf Kosten der Steuerzahler in der Finanzkrise 2008, die
 232 Eurokrisenpolitik mit der desaströsen Kürzungspolitik in Europa, den Abbau von Bürgerrechten und
 233 der Ignoranz ökologischer Herausforderungen: DIE LINKE stand und steht für eine neue soziale Idee,
 234 für eine linke politische Alternative zum Konsens der anderen im Bundestag vertretenen Parteien.
 235 Damit haben wir den gesellschaftlichen Diskurs verschoben und Druck von links vor allem auf die SPD
 236 gemacht: Korrekturen am Agenda-Kurs hätte es ohne uns sicher nicht gegeben. Die Einführung des
 237 gesetzlichen Mindestlohns ist ein großer Erfolg der LINKEN. Ohne DIE LINKE - parlamentarisch wie
 238 außerparlamentarisch - gäbe es viele Debatten nicht. Dass über Sanktionen bei Hartz IV, über
 239 Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen, den Pflegenotstand, aber auch über deutsche
 240 Waffenexporte in der Gesellschaft diskutiert wird, und so manches inzwischen in Frage steht, zeigt:
 241 DIE LINKE wirkt.

242 Wir öffnen den politischen Raum gegen die angebliche Alternativlosigkeit im System Merkel. DIE
 243 LINKE steht in Deutschland und mit der Europäischen Linken in ganz Europa für einen demokratischen
 244 Aufbruch: mit konkreten Reformalternativen für einen sozialen und ökonomischen Kurswechsel und
 245 für eine Erneuerung der Demokratie.

246 **Kompetenzen der LINKEN: An Alternativen arbeiten**

247 Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg in diesem Jahr wurde der LINKEN von den Wählerinnen und
 248 Wählern vor allem eines bescheinigt: Kompetenz für soziale Gerechtigkeit. Einerseits bestätigt dies
 249 unser Selbstverständnis, dass wir uns nicht abfinden mit den herrschenden Verhältnissen, und
 250 andererseits, dass der LINKEN - auch in den westlichen Bundesländern - mehr und mehr zugetraut
 251 wird, an der Lösung der Probleme der sozialen Ungerechtigkeit zu arbeiten und die Lebens- und
 252 Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern.

253 Eine wesentliche Aufgabe der Partei in den kommenden zwei Jahren - auch mit Blick auf die
 254 Vorbereitungen der Bundestagswahl 2017 - wird sein, unsere Kompetenz im Kernbereich der sozialen
 255 Gerechtigkeit und als Friedenspartei weiter auszubauen, aber auch auf anderen Feldern deutlich an
 256 Profil zu gewinnen.

257 Demokratie und Bürgerechte, Nachhaltigkeit und Ökologie, Chancen der Digitalisierung und die
 258 Veränderung der Arbeitswelt... Es geht um Vertrauen in linke Politik, um die Glaubwürdigkeit unseres
 259 politischen Handelns und um die Überzeugungs- und Durchsetzungskraft linker Konzepte. Wir werden
 260 machbare und konkrete Reformalternativen zur angeblichen Alternativlosigkeit der Merkel-Regierung
 261 erarbeiten, die gleichzeitig die Transformation zu einer insgesamt gerechteren Gesellschaft in den
 262 Blick nehmen. Unser Ansatzpunkt ist dabei der Alltag der Menschen, ihre Hoffnungen ebenso wie ihre
 263 Sorgen, ihre Erwartung nach Sicherheit und Verlässlichkeit und gleichfalls grundsätzlichem Wandel.
 264 DIE LINKE ist kein Selbstzweck: Kümmert sie sich um die Probleme der Bürgerinnen und Bürger oder
 265 macht sie sich selbst Probleme? Es liegt bei uns.

266 **Kompetenz für soziale Gerechtigkeit weiter stärken: Gute Arbeit und soziale Rechte - gegen 267 gesellschaftliche Ausgrenzung und für ein gutes Leben.**

268 Prekarisierung von Arbeit und Leben, Stress und Arbeitsverdichtung, unfreiwillige Teilzeit und
 269 Niedriglöhne, die absehbare strukturelle Veränderung von Erwerbsarbeit durch Digitalisierung,
 270 Sanktionen und soziale Ausgrenzung von Menschen mit geringem Einkommen - auch nach der
 271 Einführung des Mindestlohnes brauchen wir Alternativen.

272 Eine dringende Maßnahme – auch zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und gegen zunehmenden
 273 Stress – ist die gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit durch eine Politik der Arbeitszeitverkürzung.
 274 Ein erster Schritt ist der Abbau von Überstunden. Eine kollektive Form der Arbeitszeitverkürzung sind
 275 weitere gesetzliche Feiertage. Aber die Verkürzung der Arbeitszeit muss sich an den individuellen
 276 Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren. Zwei flexibel zu nehmende Sabbatjahre sind eine
 277 Möglichkeit bei Bedarf – zum Beispiel in Zeiten der Kindererziehung, der Pflege oder Weiterbildung für
 278 ein Jahr aus dem Erwerbsarbeitsleben bei fortlaufendem Einkommen und verbunden mit einem
 279 Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz, auszusteiigen.

- 280 • Kettenbefristungen und sachgrundlose Befristungen müssen untersagt werden. Die
 281 Befristung wollen wir auf einmalig, längstens ein Jahr und wenige sachliche Gründe
 282 beschränken.
- 283 • Wir wollen Leiharbeit stoppen und das Tarifdumping durch Werkverträge beenden.
 284 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ab dem ersten Tag!
- 285 • Hartz IV muss weg! Stattdessen brauchen wir eine bedarfsgerechte und sanktionsfreie
 286 Mindestsicherung, die Betroffene gegen Armut absichert und gesellschaftliche Teilhabe
 287 garantiert. Die Mindestsicherung muss sicherstellen, dass niemand unter 1050 Euro im
 288 Monat fällt, denn darunter droht Armut. Als Sofortmaßnahmen sind die Hartz-IV-
 289 Regelsätze auf 500 Euro zu erhöhen. Die Sanktionen und so genannte „Ein-Euro-Jobs“
 290 gehören sofort abgeschafft.
- 291 • Gute soziale Dienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger können nur mit einer
 292 verbindlichen, aus dem Bedarf der Dienstleistung (Bildung, Gesundheit, Pflege, etc.)
 293 abgeleiteten Personalbemessung erfolgen.
- 294 • Wir wollen das Arbeitszeitgesetz so ändern, dass die zulässige wöchentliche
 295 Höchst Arbeitszeit von derzeit 48 auf höchstens 40 Stunden gesenkt wird.
 296 Ausnahmeregelungen müssen deutlich reduziert werden, Überstunden effektiv begrenzt
 297 werden. Es müssen stärkere Kontrollen durch unabhängige Arbeitnehmervertretungen
 298 gesetzlich vorgeschrieben werden.

299 Mit einer langfristigen Kampagne Das muss drin sein wird DIE LINKE die Prekarisierung der Arbeits-
 300 und Lebensbedingungen in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit rücken. Mit der Kampagne machen
 301 wir Druck für das, was selbstverständlich sein sollte in einem reichen Land – mit fünf zentralen
 302 Forderungen:

- 303 • Befristung und Leiharbeit stoppen
- 304 • Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV
- 305 • Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst
- 306 • Wohnen und Energie bezahlbar machen
- 307 • Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit

308 DIE LINKE will diese Forderungen zur Bekämpfung unsicherer Arbeits- und Lebensverhältnisse ins
 309 öffentliche Bewusstsein rücken und gesellschaftlich verankern. Auch weil wir wissen, dass ein Leben
 310 in Existenzangst oft zu politischer Ausgrenzung führt.

311 **Kompetenz Steuergerechtigkeit: Reichtum umverteilen, Steuerflucht bekämpfen und in die** 312 **Zukunft investieren**

313 Es geht uns um soziale Gerechtigkeit geht. Deshalb ist es für uns auch von zentraler Bedeutung, für
 314 eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen zu kämpfen. Dass die Schere zwischen Arm
 315 und Reich immer weiter aufgeht, dass nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für
 316 Wirtschaftsforschung das reichste Prozent noch viel reicher ist als gedacht und rund ein Drittel des
 317 Gesamtvermögens besitzt, ist für DIE LINKE eine völlig inakzeptable Entwicklung. Sie ist nicht nur

318 sozial ungerecht, sondern auch ökonomisch falsch. Denn mit einer gerechteren Verteilung und
 319 Besteuerung der Reichen und Vermögenden könnten sowohl Haushalte mit durchschnittlichem
 320 Einkommen steuerlich entlastet als auch in zentrale Zukunftsbereiche der Gesellschaft wie Bildung,
 321 Erziehung, Gesundheit, Pflege und die Energiewende investiert werden. Daher fordert DIE LINKE:

- 322 • die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Millionärsteuer auf Vermögen in Höhe von fünf
 323 Prozent oberhalb einer Million Euro.
- 324 • eine Reform der Erbschaftsteuer mit deutlich höherem Steueraufkommen.
- 325 • eine steuerliche Gleichbehandlung von Einkommen aus Arbeit und Kapitalerträgen.
- 326 • Steuerflucht und Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen. Dafür muss der Steuervollzug
 327 bundesweit vereinheitlicht und mehr Fachpersonal eingestellt werden.
- 328 • den Investitionsstau abbauen und in die Zukunft investieren. Selbst die Schuldenbremse, die DIE
 329 LINKE ablehnt, lässt 2015 rund 25 Milliarden an zusätzlichen Investitionen des Bundes zu.
 330 Stattdessen verkommt die öffentliche Infrastruktur.
- 331 • ein Zukunftsinvestitionsprogramm von 100 Milliarden für sozial-ökologischen Umbau, Bildung,
 332 digitale Infrastruktur (Breitband), Pflege und Gesundheit.
- 333 • eine gerechte Finanzierung der Sozialsysteme durch eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.

334 **Kompetenz Friedenspolitik: Verantwortung wahrnehmen heißt für uns: Waffenexporte**
 335 **verbieten Abrüsten, Auslandseinsätze beenden und für eine neue europäische**
 336 **Entspannungspolitik eintreten.**

337 DIE LINKE ist und bleibt *die* Friedenspartei in Deutschland. Wenn die Bundesregierung und der
 338 Bundespräsident dafür werben, Deutschland müsse „mehr Verantwortung“ übernehmen und „die
 339 Kultur der militärischen Zurückhaltung“ aufgeben, indem die Bundeswehr sich militärisch in noch
 340 weitere Konflikte dieser Welt einmischen solle, treten wir dem entschieden entgegen.
 341 Die Bundesregierung wird 2016 ein neues „Weißbuch“ auflegen, als Leitlinien für die Bundeswehr als
 342 global agierende Armee im Einsatz. Das sicherheitspolitische Konzept folgt dem Ansatz der vernetzten
 343 Sicherheit und der ‚responsibility to protect‘ lehnt die DIE LINKE ab.

344 Bereits jetzt stockt die Bundesregierung den Militärhaushalt auf und rüstet die Bundeswehr
 345 milliardenschwer auf. Dem Weißbuchprozess für Aufrüstung setzen wir den Ruf nach Abrüstung
 346 entgegen. Denn die Aufrüstung heizt den globalen Rüstungswettlauf und verstärkt das Klima der
 347 gegenseitigen Bedrohung zwischen Ost und West.

348 Wir sagen: Ja, Deutschland muss mehr Verantwortung in der Welt wahrnehmen – zivil und
 349 friedenspolitisch, aber keinesfalls militärisch. Krieg darf nicht länger Mittel der Politik sein. Krieg ist
 350 der Inbegriff unverantwortlicher Außenpolitik. Wir stehen für eine andere, verantwortliche Politik.

351 Wir wollen

- 352 • die Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden;
- 353 • Rüstungsexporte verbieten und Rüstungsproduktion beenden;
- 354 • die Beschaffung von militärisch nutzbaren Drohnen beenden – keine Beteiligung an der
 355 Entwicklung von Kampfdrohnen auf nationaler und europäischer Ebene;
- 356 • nicht die EU-Außengrenzen weiter abschotten und tausende Menschen sterben zu lassen;
- 357 • friedliche Konfliktlösungen vorantreiben und die Mittel für den zivilen Friedensdienst erhöhen;
- 358 • die Sanktionen gegenüber Russland zurücknehmen, denn sie haben nur zur Eskalation des
 359 Konflikts beigetragen, und das EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zurücknehmen;
- 360 • Sicherheitspolitik nicht länger ohne oder gar gegen Russland definieren, sondern eine neue
 361 europäische Entspannungspolitik einleiten, d.h. ein Ende der NATO und ihre Ersetzung durch ein
 362 Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands.

363 **Kompetenz Demokratie: Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA stoppen, direkte**
 364 **Demokratie stärken, Bürgerrechte ausbauen.**

365 Wer Demokratie und Rechtsstaat nicht Konzerninteressen unterordnen will, muss die geplanten
 366 Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) und der EU und Kanada (CETA) und das
 367 Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TISA) ablehnen.

368 Denn die drei Abkommen sehen völlig undemokratische Privilegien für Investoren vor: Wenn Gesetze -
 369 z.B. im Arbeitsrecht oder Verbraucherschutz - ihre Profite schmälern, sollen Konzernen gegen
 370 demokratische Entscheidungen der Staaten klagen können. Verhandelt wird dann vor internationalen
 371 privaten Schiedsgerichten, ohne dass eine Revision vor einem ordentlichen Gericht eingelegt werden
 372 kann. Sowohl der Investorenschutz als auch die private Parallel-Justiz sind ein fundamentaler Angriff
 373 auf Demokratie und Rechtsstaat - für Bürgerinnen und Bürger in der EU wie in den USA.

374 DIE LINKE unterstützt weiterhin die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und
 375 CETA. Eine Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ist gegen diese Abkommen. Gemeinsam mit der
 376 Zivilgesellschaft TTIP und CETA noch zu stoppen, ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit in den nächsten
 377 Monaten.

378 DIE LINKE tritt dafür ein, dass Einwohnerinnen und Einwohner mehr Entscheidungskompetenzen
 379 übertragen bekommen und der Ausbau des Überwachungsstaates zurückgedrängt wird. Wir legen
 380 Wert darauf, dass die Entscheidungsbefugnisse an Einwohnerinnen und Einwohner gehen und nicht
 381 die Staatsangehörigkeit für die Entscheidungsbefugnisse den Ausschlag gibt. Im Gegensatz zu
 382 anderen Vertreter/innen von angeblich mehr direkter Demokratie wollen wir nicht Menschen
 383 ausgrenzen und die Entscheidungsbefugnisse missbrauchen für ausgrenzende Forderungen.
 384 Angesichts eines zunehmenden gesellschaftlichen Rassismus stellen wir uns ganz klar an die Seite
 385 derjenigen, die solchen Bestrebungen friedlich entgegentreten. Die Vorratsdatenspeicherung lehnen
 386 wir ebenso ab, wie weitere Bestrebungen die Befugnisse von Sicherheitsorganen auszudehnen.
 387 Insbesondere die Idee von „Predictive Policing“ (Vorhersagesoftware) lehnen wir entschieden ab.

388 Es ist eine Frage der Demokratie und des Kampfes gegen die soziale Spaltung der Gesellschaft, dass
 389 jede und jeder einen Zugang zum Internet hat. Dies bedeutet einen schnellen Breitbandausbau
 390 flächendeckend zur Verfügung zu stellen, die Netzneutralität gesetzlich festzuschreiben, das
 391 Urheberrecht zu demokratisieren und Privaten tatsächlich die Möglichkeit zu geben, ihren
 392 Internetanschluss Dritten zur Verfügung stellen zu können. Die Möglichkeit sich selbstbestimmt im
 393 Internet zu bewegen ist eine Voraussetzung für eine Teilnahme am demokratischen Diskurs. Die
 394 Vermittlung von Medienkompetenz muss deshalb einen zentralen Stellenwert erhalten. Dies ist eine
 395 gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss neben einem gesetzlich garantierten Datenschutz endlich
 396 angegangen werden.

397 Was uns dabei von anderen Parteien unterscheidet ist, dass wir die Demokratisierung der Gesellschaft
 398 immer mit der sozialen Frage verbinden, dass individuelle Freiheit und soziale Gerechtigkeit für uns
 399 zwei Seiten einer Medaille sind. Wir wollen eine Demokratie, in der es etwas zu entscheiden gibt:
 400 Deshalb ist für uns die Eigentumsfrage zentral. Dazu gehört eine leistungsfähige öffentliche
 401 Daseinsvorsorge und der Ausbau des öffentlichen Eigentums (Rekommunalisierung). DIE LINKE ist die
 402 einzige Partei, die für eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft eintritt. Wirtschaft muss den
 403 Menschen dienen und darf nicht den Profitinteressen weniger untergeordnet werden. Damit die
 404 wirtschaftlichen Entscheidungen über die Verwendung des Reichtums am gesellschaftlichen Bedarf
 405 ausgerichtet werden, müssen Arbeitsverhältnisse, Unternehmen und wirtschaftliche Entscheidungen
 406 demokratisiert werden. Wir wollen unsere Alternativen für eine erneuerte Wirtschaftsdemokratie
 407 verbinden mit unseren Forderungen zur Guten Arbeit der Zukunft, zur Arbeitszeitverkürzung sowie für
 408 Zukunftsinvestitionen in das Öffentliche und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft.

- 409 • Wir treten für die Stärkung und den Ausbau der Mitbestimmung sowie für die Förderung von
- 410 Genossenschaften und Belegschaftsübernahmen ein.

- 411 • Die LINKE ist die Partei der direkten Demokratie. Volksabstimmungen muss es endlich auch auf
412 Bundesebene geben.
- 413 • DIE LINKE will Grund- und Bürgerrechte verteidigen und ausbauen. Die Enthüllung der NSA-
414 Überwachung blieb folgenlos. Geheimdienste, das hat der NSU-Skandal bewiesen, schützen nicht
415 die Demokratie, sondern gefährden sie. Wir wollen deswegen die Geheimdienste einschließlich des
416 Verfassungsschutzes abschaffen zugunsten einer unabhängigen Beobachtungsstelle »Neonazis,
417 Rassismus, Antisemitismus«.
- 418 • DIE LINKE steht für ein offenes und freies Internet: Linke Netzpolitik will die informationelle
419 Selbstbestimmung sichern, den gleichberechtigten Internetzugang als Bestandteil des sozio-
420 kulturellen Existenzminimums herstellen und „Netzneutralität“ gegen kommerzielle Interessen und
421 staatliche Überwachung schützen.

422 **Kompetenz für eine humanitäre Flüchtlings, Migrations- und Asylpolitik – gegen**
423 **Rechtspopulismus, Neofaschismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und jeden Rassismus**

424 Deutschland ist schon lange Einwanderungsland – auch wenn es CDU/CSU und Teile der SPD nicht
425 wahr haben wollen. Das hat die Gesellschaft verändert. Multikulturalität und Vielfältigkeit sind eine
426 gesellschaftliche Bereicherung. Doch Rassismus, Antisemitismus und Hass sind noch immer
427 allgegenwärtig bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein. Interkulturelle Öffnung der öffentlichen
428 Institutionen und Unternehmen, antirassistische Normenbereinigung, eine offensive
429 Antidiskriminierungspolitik, die Reformierung des Staatsbürgerschaftsrechts, die Humanisierung des
430 Asyl- und Flüchtlingsrechts sowie die Abschaffung aller ausgrenzenden Sondergesetze stehen deshalb
431 ganz oben auf unserer demokratiepolitischen Agenda. Seit Oktober 2014 versucht die rassistische
432 Pegida-Bewegung Flüchtlinge und Muslime zu Sündenböcken zu erklären. Auch nach der Spaltung von
433 Pegida ist die Gefahr von rechts keineswegs gebannt.

434 Unsere Forderungen:

- 435 • Offene Grenzen für Menschen in Not. Das heißt neben der Abschaffung
436 des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl auch.
- 437 • Abschaffung der Residenzpflicht und der entwürdigenden Unterbringung in Sammelunterkünften
438 sowie die freie Wahl des Aufenthaltsortes (Familie, Verwandte). Wir wollen dezentrale
439 Unterbringungsmöglichkeiten in Wohnungen.
- 440 • Sofortiger Zugang zu Arbeit und Bildung. Dies ermöglicht wirtschaftliche Selbstständigkeit und
441 Teilhabe.
- 442 • Uneingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung und den sozialen Sicherungssystemen.
- 443 • Finanzielle Unterstützung der Kommunen. Der Bund muss die Kosten für die Unterbringung von
444 den Kommunen übernehmen.
- 445 • Reformierung des Staatsbürgerschaftsrechts: Mehrfachstaatsangehörigkeiten werden zugelassen.
- 446 • Ein humanitäre Einwanderungsrecht, das Menschen nicht nach ihrer Nützlichkeit für die
447 ökonomische Verwertung begreift, sondern als gesellschaftliche Bereicherung.
- 448 • Antirassistische Normenbereinigung und wirksame Antidiskriminierungsgesetzgebung.
- 449 • Wir sagen Nein zum Feindbild Islam. Wir treten ein für freie Religionsausübung, die
450 Gleichbehandlung aller Religionen und wenden uns gegen die Diskriminierung religiöser
451 Minderheiten.
- 452 • Schluss mit der Kriminalisierung und Diffamierung antifaschistischer und antirassistischer
453 Initiativen.

454 **Kompetenz für bezahlbare Mieten und Energie: Gesellschaft sozial und ökologisch**
 455 **umgestalten.**

456 Die „Mietpreisbremse“ der Bundesregierung verdient ihren Namen nicht. Es gibt zu viele Ausnahmen:
 457 Sie greift nicht bei neu geschaffenem Wohnraum und bei sanierten Wohnungen. Hier können die
 458 Vermieter weiter verlangen, was der Markt hergibt, was die ortsübliche Vergleichsmiete wiederum
 459 nach oben treibt. Zwei bis drei Prozent der Mieter sollen nach Schätzungen des Mieterbundes
 460 überhaupt von der Mietpreisbremse profitieren. Wohnen bleibt weiterhin ein Armutsrisiko für die einen
 461 und ein Spekulationsobjekt der anderen. DIE LINKE unterstützt die zahlreichen Initiativen in deutschen
 462 Großstädten gegen die Spekulation mit Wohnraum, gegen Verdrängung und Zwangsräumungen, für
 463 bezahlbare Mieten und ein „Recht auf Stadt“. Daher würde eine LINKE Mietpreisbremse:

- 464 • die Mieten flächendeckend und ohne Ausnahmen begrenzen und zum Beispiel Mieterhöhungen
 465 allein aufgrund einer bloßen Wiedervermietung der Wohnung ausschließen. Ansonsten müssen
 466 Mieterhöhungen auf die Höhe der Inflation beschränkt bleiben.
- 467 • die Spekulation mit Wohnraum bekämpfen und weitere Privatisierungen verhindern. Umwandlung
 468 und Zweckentfremdung von Miet- in Eigentums- und Ferienwohnungen müssen gestoppt werden.
- 469 • Mieten bezahlbar machen und einen Neustart im sozialen Wohnungsbau einleiten. Zusätzlich
 470 müssen mindestens 150.000 Mietwohnungen pro Jahr - nicht allein über Neubau - eine
 471 Sozialbindung erhalten.
- 472 • Die Regelungen zur Kündigungsmöglichkeit im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes
 473 (Zwangsräumungen) müssen rückgängig gemacht werden, die Kündigungsmöglichkeit wegen
 474 wirtschaftlicher Verwertbarkeit muss erheblich eingeschränkt werden.

475 Bei der Energiewende orientiert sich die Bundesregierung weiter an der Marktmacht der
 476 Energiekonzerne und deren Profitinteressen. Mit der derzeitigen Ausgestaltung der EEG-Umlage
 477 werden Industriebetriebe großzügig zulasten privater Haushalte privilegiert. Die Strompreise haben
 478 sich seit dem Jahr 2000 verdoppelt, viele können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen.
 479 Hunderttausenden wird jährlich der Strom abgeschaltet, eine stille soziale Katastrophe. Eine LINKE
 480 Energiewende mit Sozialsiegel sieht anders aus. DIE LINKE will eine Energiewende, die sozial,
 481 demokratisch und ökologisch ist:

- 482 • Sozial, um die Kosten gerecht zu verteilen. Stromsperren müssen verboten werden. Um
 483 Energiearmut zu vermeiden, streiten wir für ein kostenloses Grundkontingent an Strom für jeden
 484 Privathaushalt. Um die Strompreise insgesamt senken zu können, müssen die Industrierabatte bei
 485 der EEG-Umlage fallen und eine öffentliche Strompreisaufsicht wieder eingeführt werden.
- 486 • Demokratisch, um die Macht der vier großen Energiekonzerne zu brechen. Die Energieversorgung
 487 gehört als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in die Hände der Bevölkerung. Stadtwerke und
 488 genossenschaftliche Versorger wollen wir stärken, Privatisierungen stoppen,
 489 Rekommunalisierungen vorantreiben und eine dezentrale, verbrauchernahe Energieerzeugung
 490 fördern.
- 491 • Ökologisch, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Statt weiter auf Atom und Kohle zu setzen,
 492 muss deutlich mehr getan werden, um den Anteil Erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz zu
 493 erhöhen.

494 Um die Hegemonie kämpfen

495 Die LINKE versteht sich als Motor einer gesellschaftlichen Opposition gegen die Politik der Großen
 496 Koalition. Ein grundlegender Politikwechsel ist nur möglich, wenn sich die Kräfteverhältnisse in der
 497 Gesellschaft verändern. Dafür braucht es eine starke parlamentarische Verankerung ebenso wie einen
 498 Aufschwung sozialer Bewegungen und Proteste. Darum unterstützen wir die vielen Menschen, die sich
 499 für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für mehr Demokratie und damit für einen grundlegenden
 500 Politikwechsel und eine Überwindung des Kapitalismus engagieren. Initiativen gegen TTIP und CETA,

501 die Blockupy-Bewegung, Streiks gegen prekäre Arbeit und Tariffucht wie bei Amazon oder wie bei den
 502 Sozial- und Erziehungsdiensten für die Aufwertung traditioneller Frauenberufe, Proteste gegen
 503 Rassismus und für Willkommenskultur, Initiativen gegen den Ausbau des Überwachungsstaates,
 504 Initiativen von Mieterinnen und Mietern und Kämpfe um die Wiederaneignung der Städte, die
 505 Friedensbewegung und die Initiativen für Klimagerechtigkeit und die Energiewende unterstützen wir
 506 und wirken als eine verbindende Kraft in Richtung eines grundlegenden Richtungswechsels.

507 **Landtagswahlen 2016: Meilensteine für DIE LINKE**

508 Nachdem in **Thüringen** das Ergebnis der Landtagswahl 2014 die Bildung der ersten von einem linkem
 509 Ministerpräsidenten geführten Landesregierung möglich gemacht hatte, kamen SPD, Grüne und DIE
 510 LINKE nach gründlicher Diskussion und einer breiten Einbeziehung der Mitgliedschaft in den
 511 Entscheidungsprozess zu dem jeweils mit großer Mehrheit gefassten Beschluss, gemeinsam einen
 512 Politikwechsel im Freistaat zu wagen. Damit hat DIE LINKE, immer noch eine junge Partei in
 513 Deutschland, deutlich an bundesweiter Akzeptanz gewonnen. Ein Verdienst der Genossinnen und
 514 Genossen im Landesverband Thüringen und auch von Bodo Ramelow persönlich. Die Wahl eines
 515 LINKEN zum Ministerpräsidenten war einer der größten Erfolge unserer Partei seit vielen Jahren.
 516 Niemand sollte unterschätzen: Einen Wahlerfolg zu erringen war das eine, fünf Jahre erfolgreiche
 517 Politik ist das andere und weitaus herausfordernder. Der Thüringer Landesverband wird die ganze
 518 Partei auf diesem Weg solidarisch an ihrer Seite haben.

519 Den Genossinnen und Genossen in **Brandenburg** fiel es nach der Enttäuschung des Wahlabends nicht
 520 leicht, den Entschluss zur Fortsetzung der Rot-Roten Landesregierung zu fassen. Allzu viele der
 521 eigenen Wählerinnen und Wähler hatten diesmal nicht genug Gründe gefunden, zur Wahl zu gehen und
 522 erneut DIE LINKE zu wählen. Dennoch stimmte die Parteibasis nach sorgfältiger Abwägung mit
 523 überwältigender Mehrheit dafür, das Begonnene zum Erfolg zu führen und dabei erneut die soziale
 524 Frage zum Maßstab eigenen Regierungshandelns zu machen. Dafür wünschen wir den Brandenburger
 525 Genossinnen und Genossen viel Erfolg.

526 Das Wahljahr 2015 begann für DIE LINKE mehr als gut: In **Hamburg** zogen wir nicht nur erneut in die
 527 Bürgerschaft ein, sie wurden auch in mehreren Stadtteilen stärkste Partei. Entschiedene, klare
 528 Opposition gegen eine sozialdemokratische Politik der Mitte, die soziale Spaltung der Städte, Armut
 529 und Ausgrenzung, die Aushöhlung der Demokratie billigend in Kauf nimmt, ist heute notwendig wie
 530 nie. Und sie wird honoriert: DIE LINKE kann im Westen gewinnen! Erst im Norden, später werden wir
 531 das auch im Süden der Republik zeigen!

532 **Starke LINKE Opposition im Südwesten**

533 Im Frühjahr 2016 finden in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und in Sachsen-Anhalt
 534 Landtagswahlen statt, im Herbst folgen Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.
 535 Bleibt die Bundespartei in den Umfragen bis dahin stabil und legt etwas zu, dann stehen die Chancen
 536 in **Baden-Württemberg** und **Rheinland-Pfalz** nicht schlecht, erstmals in die Landtage einzuziehen.
 537 Opposition wird ihr Auftrag sein, in jeder Konstellation lassen CDU, SPD und Grüne ein
 538 landespolitisches soziales Profil, für viele Menschen im Alltag schmerzhaft, vermissen. Es fehlt ein
 539 linkes Korrektiv, DIE LINKE wird die Partei sein, die sagt, was ist und Vorschläge macht, die Lage der
 540 Menschen zu verbessern.

541 Aber auch für die Entwicklung der Partei insgesamt sind diese beiden Wahlen wichtige Etappen.
 542 Langfristige bundespolitische Relevanz kann nur gesichert werden, wenn uns sowohl eine stärkere
 543 parlamentarische Vertretung – kommunal wie in den Landtagen – als auch ein weiterer Aufbau der
 544 Parteistrukturen in den großen westdeutschen Flächenländern gelingen.

545 **Schwarz-rote Koalitionen ablösen - für einen linken Politikwechsel!**

546 Die Landesverbände **Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern** können bei ihren
547 Wahlen auf Landesebene starke Ergebnisse erreichen und ihre letzten übertreffen. Das ist auch ihr
548 Ziel. Nur wenn das gelingt, wird sich für DIE LINKE in den drei Ländern eine realistische Option, die
549 CDU aus der Regierung zu verdrängen, eröffnen können.

550 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin haben bundesweit überproportionale und
551 weiter wachsende Armutsquoten von über 20 Prozent. DIE LINKE als Partei der sozialen Gerechtigkeit,
552 des Friedens und der Demokratie sieht das als eine große Herausforderung an - in Opposition wie in
553 der Regierung. In Sachsen-Anhalt kämpft unsere Partei darum, das Mandat zur Regierungsbildung von
554 der Wählerschaft zu bekommen und nach erfolgreichen Koalitionsverhandlungen mit Wulf Gallert den
555 zweiten LINKEN Ministerpräsidenten zu stellen. Das ist ein realistisches Ziel, dass die gesamte Partei
556 unterstützt.

557 **Eine sozialere Politik gibt es nur mit der LINKEN**, in Opposition oder in Regierung. Das werden die
558 politische Botschaft und das Versprechen auch 2016 in Ost und West sein.
559 Und wenn es gelingt, die CDU aus weiteren Landesregierungen zu verdrängen, dann würde das auch
560 bedeuten: Der Bundesrat ist nicht länger ohne Vetomacht gegen Merkels Kurs. DIE LINKE gewänne
561 politischen Spielraum für eine Politik gegen die Große Koalition in Berlin hinzu.

562 Für DIE LINKE sind die Kommunalwahlen des Jahres 2016 in **Hessen** und **Niedersachsen** von großer
563 Bedeutung. In Hessen hat DIE LINKE eine schon traditionell breite kommunale Basis, die sie weiter
564 ausbauen kann. Für Niedersachsen wird es darauf ankommen, mit erfolgreichen Kommunalwahlen die
565 Grundlage zu schaffen, sich als Landesverband zu konsolidieren und für einen erneuten
566 landespolitischen Anlauf Richtung Landtag 2018 gut aufzustellen.

567 **Perspektive 2017: Eine Alternative ist möglich – hier und in Europa**

568 Die Wahlen 2016 können die politischen Kräfteverhältnisse nachhaltig verändern. DIE LINKE will als
569 treibende Kraft einer politischen Alternative die schwarz-roten Koalitionen in Sachsen-Anhalt,
570 Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ablösen. Unser Ziel ist es, das Kräfteverhältnis nach links zu
571 verschieben. Ein Ausgangspunkt dafür sind die Länder und die Veränderung der politischen
572 Mehrheiten dort. Gelingt uns dies, bliebe das für die politische Situation auf Bundesebene und für die
573 gesamtgesellschaftliche Stimmungslage nicht ohne Folgen.

574 2016 ist ein Jahr der Meilensteine für DIE LINKE mit großen Möglichkeiten, weiter an Einfluss zu
575 gewinnen – in Opposition und in der Regierung. Im nächsten Jahr werden die Grundlagen gelegt für die
576 Bundestagswahl 2017. Die gesamte Partei wird dafür kämpfen, sodass DIE LINKE gestärkt das
577 kommende Jahr beendet: in Ost wie West, in Regierung wie Opposition, in den Ländern und im Bund.
578 Die Botschaft ist: DIE LINKE ist *die* Alternative zur Großen Koalition.

579 Bei allen Wahlen der letzten Jahre hat sich eines gezeigt: Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung sind
580 zur Klassenfrage geworden. Unübersehbar ist die Wahlenthaltung gerade in jenen Teilen der
581 Bevölkerung dramatisch hoch, die besonders von sozialen Kürzungen und unsicheren
582 Lebenssituationen betroffen sind. Gerade jene, die zuallererst auf eine funktionierende öffentliche
583 Daseinsvorsorge und gerechte Umverteilung angewiesen sind, wenden sich ab, wenn es darum geht,
584 genau dafür politische Mehrheiten zu gewinnen. Als LINKE wollen wir uns damit nicht abfinden. Aber
585 eine Mobilisierung dieser Wählergruppen gelingt nicht erst kurz vor einer Wahl – jeden Tag muss
586 darum gerungen werden. Präsenz vor Ort, Beratung und Hilfe, Ansprechpartnerin sein,
587 Beteiligungsmöglichkeiten bieten – darum muss es uns gehen. Der Alltag entscheidet maßgeblich
588 über unsere breite Akzeptanz als LINKE, nicht erst der Wahltag. Und es ist der Alltag, das unmittelbare

589 Lebensumfeld von Bürgerinnen und Bürgern, wo Mobilisierung und stärkere Beteiligung an
590 demokratischen Prozessen gelingen kann. Wir sagen: Es geht um was, es geht um euch!

591 Daher richten wir unsere politischen Angebote an Erwerbslose und Erwerbstätige gleichermaßen, an
592 Beamte im öffentlichen Dienst wie junge Kreative, an Kernbelegschaften und Leiharbeiterinnen, an
593 befristet beschäftigte Hochschulabsolventinnen wie Rentnerinnen und Rentner, an Menschen, die hier
594 geboren sind, wie jene, die zu uns kommen. Auf lange Sicht steht unsere Demokratie vor einem
595 Offenbarungseid, wenn sich - wie schon jetzt in manchen Stadtteilen - die Mehrheit der Bevölkerung
596 von ihr abwendet. Die meisten Parteien haben sich damit abgefunden, dass ein großer Teil der
597 Bevölkerung gegenüber der parlamentarischen Demokratie gekündigt hat, wir nicht.

598 **Die Bundestagswahl wird eine Abstimmung über die Zukunft Europas**

599 Europa wird ein zentrales Thema der kommenden beiden Jahre (bleiben). Die Linke in ganz Europa
600 kämpft dafür, dass der Anfang, der in Griechenland gemacht wurde, fortgesetzt und ein politischer
601 Kurswechsel möglich wird. In Spanien, Portugal und Irland stehen Wahlen an, die die Linke in diesen
602 Ländern und die gesamte europäische Linke stärken könnten. Eine weitere linksgeführte Regierung in
603 Europa gäbe wiederum Syriza Rückenwind auf ihrem Weg, sich von Austerität und Rezession zu
604 befreien. Dann wäre die Tür, die in Griechenland aufgestoßen wurde, vorerst nicht mehr zu schließen:
605 Merkels autoritärer und undemokratischer Europakurs stünde einer durchsetzungsfähigen
606 demokratischen linken Alternative gegenüber.

607 Europaweit versuchen rechte Parteien und Bewegungen, soziale Ängste für sich zu nutzen:
608 Unmittelbar vor der Bundestagswahl steht im Frühsommer 2017 die Präsidentschaftswahl in
609 Frankreich an. Eine weitere Stärkung oder gar die Präsidentschaft für den Front National hätte
610 unabsehbare Folgen für die gesamte europäische Zukunft. In Deutschland führen die AfD und andere
611 rechtspopulistischen Organisationen einen Kulturkampf von rechts mit neoliberaler Ideologie. Statt die
612 sozialen Ungerechtigkeiten in diesem Land anzugreifen und nach oben zu schauen, wird feige nach
613 unten getreten: Es geht gegen Flüchtlinge, Muslime und sozial an den Rand Gedrängte. Es droht eine
614 Spaltung Europas und eine politische Situation, in der wieder europäische Nationen gegeneinander
615 gestellt werden. Das ist die Gefahr, der sich auch die europäische Sozialdemokratie bewusst sein
616 muss, wenn sie nicht endlich selbst einen Kurswechsel vornimmt, der sich von Merkels Europapolitik
617 löst.

618 DIE LINKE und die gesamte Europäische Linke werden deutlich machen, dass die Grenzen und
619 Spaltungen anders verlaufen: Nicht zwischen Deutschen und Griechen, nicht zwischen Franzosen und
620 Portugiesen oder zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen, sondern zwischen oben und unten,
621 zwischen Arm und Reich, zwischen den sozialen Interessen in ganz Europa und einer neoliberalen
622 Elite, deren politischer Maßstab das „Vertrauen“ der Finanzmärkte und nicht der Bürgerinnen und
623 Bürger ist. Zwischen jenen, die Reiche und Vermögende besteuern wollen statt Löhne und Renten zu
624 kürzen, und denen, die Bevölkerungen gegeneinander ausspielen, um Banken und Spekulanten retten
625 zu können.

626 Angela Merkel spaltet die Gesellschaft - in Europa wie in Deutschland. Sie ist kein Ausweg aus der
627 Krise, sie ist eine ihrer Ursachen. DIE LINKE steht für die Alternative!